

Kaum Verständnis für zusätzliche Pflegestützpunkte

SOZIALES SPD informiert über geplante Gesetzesänderungen – Qualitätsstandards sollen steigen

WILDESHAUSEN/STI – Etwa zwei Millionen hilfs- und pflegebedürftige Menschen leben in Deutschland, davon etwa 208 000 in Niedersachsen. Sie müssen sich, ebenso wie Angehörige und Betreuungskräfte, auf gravierende Veränderungen einstellen. So sollen „Pflegebegleiter“ künftig Angehörige beraten. Für ambulante Dienste und Pflegeheime sollten neue Qualitätsstandards festgeschrieben werden. Über die geplanten gesetzlichen Änderungen informierte Beate Wagner-Nothelle, Referentin der SPD-Bundestagsfraktion, am Donnerstagabend etwa 100 interessierte Bürger im Hotel „Gut Altona“. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte die

SPD-Landesgruppe unter Vorsitz des heimischen Bundestagsabgeordneten Holger Ortel (Delmenhorst).

Der Bundestag will das neue Pflegegesetz am 13. Dezember beraten. Im Januar folge die Fachanhörung. Spätestens Anfang Juli 2008 soll das Gesetz in Kraft treten.

Wie Wagner-Nothelle berichtete, sollen die seit 1995 unveränderten Pflegesätze leicht angehoben werden. Der Gesetzgeber strebe eine bessere Versorgung Schwerstkranker an. Bei Demenzzkranken stiegen die Chancen, stärker die Pflegekasse in Anspruch zu nehmen. Allerdings müssten die Arbeitnehmer tiefer in die Tasche greifen: Die Beiträge sollen um 0,25 Pro-



Informierten zur „Reform der Pflege“ (v.l.): SPD-Unterbezirksvorsitzender Axel Brammer, Referentin Beate Wagner-Nothelle, MdB Holger Ortel und MdL Renate Geuter BILD:ICEL

zentpunkte steigen.

Ziel sei es, die ehrenamtlichen Strukturen zu stärken, betonte Wagner-Nothelle. Ar-

beitnehmer in Betrieben mit mehr als zehn Personen haben künftig einen Anspruch auf sechsmonatige Freistel-

lung, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Für Betreuungsleistungen würden künftig bis zu 2400 Euro jährlich erstattet. Auf Kritik bei der anschließenden Diskussion stieß der Plan, so genannte Pflegestützpunkte pro 20 000 Einwohner einzurichten. „Was sollen wir mit sechs bis sieben Stationen im Landkreis?“, fragte ein Teilnehmer. Sinnvoller sei es, mehr Pflegepersonal vorzuhalten. SPD-Unterbezirksvorsitzender Axel Brammer und die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter wiesen darauf hin, dass in niedersächsischen Heimen viele Pflegekräfte weit unter dem Tariflohn bezahlt würden. Hier müsse über einen Mindestlohn nachgedacht werden.